SOZIALES

Aus dem SoVD-Shop

Traubenzucker
Ein Werbegeschenk, das jede Alterstufe begeistert und individuell im SoVD-Beratungszentrum oder bei Veranstaltungen verschenkt werden kann.
Mindestabnahmemenge: 50 Stück
Preis je Beutel mit 50 Stück Inhalt: 3,10 Euro

Einkaufswagenclip
Einkaufswagenclip aus Metall in einem formschönen Design für den täglichen Gebrauch. Ein Werbegeschenk, das man immer wieder gerne benutzt.
Mindestabnahmemenge: 10 Stück
Preis pro Stück: 0,65 Euro

Der SoVD-Shop bietet Ihnen viele Werbeartikel an, mit denen Sie die ehrenamtliche Arbeit wirkungsvoll unterstützen können.

Über ein kleines Geschenk freut sich jeder, auch über ein praktisches Werbegeschenk des SoVD.

Bestellen können Sie diese und andere Artikel beim SoVD-Landesverband Niedersachsen, Abteilung Organisation (Tel.: 0511/70148-72, E-Mail: bernd.dyko@sovd-nds.de) oder direkt im SoVD-Shop im Internet unter www.sovd-nds.de

Fraktionsvorsitzende stellen sich Fragen bei Diskussion des SoVD-Landesverbandes

Im Gespräch: Spitzenpolitiker beziehen Position

Am 15. August veranstaltet der SoVD-Landesverband Niedersachsen im Vorfeld seiner Landesdelegiertenkonferenz eine sozialpolitische Diskussionsrunde, zu der vier der fünf Fraktionsvorsitzenden des Niedersächsichen Landtages zugesagt haben. Die fünfte Landtagsfraktion schickt ihren sozialpolitischen Sprecher, um die Gesprächsrunde zu komplettieren.
Die Redaktion des „Niedersachsen-Echos“ hat im Vorfeld mit den Fraktionsvorsitzenden über die Themen Mindestlöhne, Barrierefreiheit, Armut und Einkommensdiskriminierung von Frauen gesprochen. Lesen Sie in dieser Ausgabe, welche Standpunkte der CDU-Fraktionsvorsitzende in Niedersachsen, David McAllister, und FDP-Fraktions-Chef Jörg Bode vertreten und welche Maßnahmen sie und ihre Partei bei dringenden sozialpolitischen Problemen ergreifen wollen.
Die Ergebnisse der Diskussionsrunde vom 15. August finden Sie in unserer nächsten Ausgabe.

David McAllister, CDU

Jörg Bode, FDP

Die Beschäftigung zu Niedriglöhnen, in Ein-Euro-Jobs und Zeitarbeit hat in den vergangenen Jahren stark zugenommen. Wie setzen Sie sich dafür ein, dass der Schutz von Arbeitnehmern vor Lohndumping und prekärer Beschäftigung verbessert wird?

Die Tarifautonomie ist seit langem als unverzichtbarer Bestandteil der sozialen Marktwirtschaft ein Garant für die Stabilität des Wirtschaftsstandortes Deutschland. Es muss weiterhin Aufgabe der Tarifpartner sein, Löhne frei von staatlichen Eingriffen auszuhandeln. Eingriffe in diesen Bereich müssen auf ein Mindestmaß begrenzt werden. Grundsätzlich gilt: Jeder muss mit seinem Einkommen aus einer Vollzeitbeschäftigung den Lebensunterhalt sichern können.
Aus dem Zusammenspiel von fairen Löhnen und - wo es erforderlich ist - ergänzenden staatlichen Leistungen wird das notwendige Einkommen gesichert. Mit diesem Mindesteinkommen gelingt im Gegensatz zu Mindestlöhnen die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen.

Für die FDP haben Tarifverträge Vorrang vor staatlicher Lohnfestsetzung. Daher setzen wir nicht auf gesetzliche Mindestlöhne, sondern auf ein Mindesteinkommen. Löhne, die über der Produktivität der jeweiligen Beschäftigung liegen, führen nur zum Abbau von Arbeitsplätzen. Mindestlöhne erhöhen zudem die Einstiegshürden in den Arbeitsmarkt gerade für gering qualifizierte Beschäftigte. Wir setzen daher auf das liberale Modell des Bürgergeldes, das Steuer- und Transfersystem kombiniert. Dies führt auch bei niedrigen Entgelten zur spürbaren Verbesserung des Nettoeinkommens und so zum auskömmlichen Lebensunterhalt für jeden Arbeitnehmer.

Der SoVD-Landesverband Niedersachsen setzt sich nachhaltig für die Rechte behinderter Menschen ein. Welche Maßnahmen zur Herstellung von Barrierefreiheit und Stärkung der Rechte behinderter Menschen wollen Sie forcieren?

Die barrierefreie Umwelt ist unverzichtbar. Dafür werden wir auch in Zukunft eintreten. Wir führen den Dialog mit den Behinderten- und den Seniorenverbänden in Niedersachsen weiter. Die Behinderung darf nicht zu einer Einschränkung der Teilhabe an der Gemeinschaft führen. Betroffene können vielfältige Möglichkeiten nutzen, wie z.B. die Eingliederungshilfe und das persönliche Budget. Es gewährleistet ein Höchstmaß an Selbstbestimmung und Souveränität. Wir werden nach dem Sommer die Beratungen im Niedersächsischen Landtag zum Gleichberechtigungsgesetz fortsetzen. Zu diesem Bereich gehört z.B. auch die Novellierung der Bauordnung und die darin beabsichtigte Verpflichtung zum Bau von barrierefreiem Wohnraum. In einer kürzlich gestellten „Großen Anfrage“ der CDU-Fraktion zur Lage der Senioren wird ebenfalls das Thema Barrierefreiheit angesprochen, um daraus Schwerpunkte für ein Handlungskonzept ableiten zu können.

Mit der Verabschiedung des Gleichstellungsgesetzes Ende 2007 haben wir einen wesentlichen Schritt für die Rechte von Menschen mit Behinderungen in Niedersachsen erreicht. Das Gesetz stärkt die Beteiligungsmöglichkeiten und setzt eine weitgehende Definition von Barrierefreiheit um. Jetzt geht es darum, die Vorgaben des Gesetzes auch vor Ort zu verwirklichen. Dies betrifft die Planung kommunaler Bauvorhaben genauso wie die Sanierung des Landtagsgebäudes. Ende 2010 werden wir überprüfen, ob mit dem Gesetz die anvisierten Ziele erreicht worden sind.

2007 lebten 15,5 Prozent der Menschen in Niedersachsen in Armut. Welchen Stellenwert wird die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung in Ihrer zukünftigen Arbeit haben?

Die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung hat weiter Priorität. Armut, gerade zu Lasten von Alleinerziehenden und Kindern, ist nicht hinnehmbar. Dem Niedersächsischen Armuts- und Reichtumsbericht 2008 zufolge geht die Schere zwischen Arm und Reich nicht mehr weiter auf. Die aktuellen Zahlen sind mit 14,6 Prozent immer noch zu hoch. Alle Menschen sollen die gleiche Chance bekommen, ein Leben nach ihren eigenen Vorstellungen zu führen. Dazu gehört besonders der Ausbau und der Zugang zu Bildungsmöglichkeiten. Bildung ist einer der wesentlichen Schwerpunkte zur Armutsvermeidung. So werden beispielsweise mit dem Programm „Familie mit Zukunft“ 100 Millionen Euro in den Ausbau der frühkindlichen Betreuung investiert, es werden Mittel für die Lernmittelbefreiung und Zuschüsse für Mittagessen in Ganztagsschulen bereitgestellt. Niedersachsen verfolgt seit 2008 im Bund das Ziel, die Regelsätze für Kinder an ihrem spezifischen Bedarf zu orientieren.

Die Verminderung von Armut ist eine wichtige politische Aufgabe, die aber nur im Zusammenwirken aller Akteure und nicht alleine auf Landesebene erreicht werden kann. Armut ist dabei mehr als finanzielle Armut, es geht vielmehr um Lebenschancen. Zentrale Punkte dazu sind Bildung und die Integration in den Arbeitsmarkt. Zur Bekämpfung der Kinderarmut setzen wir unter anderem auf eine Neubemessung der Regelsätze, die sich am spezifischen Bedarf von Kindern orientiert.

Der Lohnunterschied zwischen Männern und Frauen in Deutschland liegt deutlich über dem Durchschnitt in der EU. Welche konkreten Handlungsmöglichkeiten sehen Sie, und welche Anstrengungen verfolgen Sie zur Verbesserung der Situation in Niedersachsen?

Frauen verdienen im Schnitt weniger als Männer für die gleiche Arbeit. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit muss aber selbstverständlich sein. Dieses Prinzip muss die Wirtschaft pragmatisch umsetzen. Wir appellieren an die Arbeitgeber, das Potenzial, das Frauen dank ihrer Bildung und Ausbildung einbringen, nicht zu unterschätzen und die sich damit für das Unternehmen verbundenen Chancen zu nutzen. Dies gilt besonders für den Wiedereinstieg ins Berufsleben. Frauen stehen noch viel zu oft vor der Frage: Karriere oder Familie? Diese Frage soll sich in Zukunft nicht mehr stellen. Ziel ist die Vereinbarkeit von beidem.

Gründe für den Lohnunterschied sind vor allem unterschiedliche Arbeitsverhältnisse wie z. B. Teilzeitbeschäftigungen sowie ein geschlechtsspezifisches Berufswahlverhalten. Mit dem Ausbau der Kinderbetreuung und einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf eröffnen wir gerade Frauen bessere Karrierechancen. Zudem setzen wir auf das Engagement der Tarifpartner in dieser Frage.